



Hoffnungslos verstrickt

Cuba und sein radikalisiertes Exil

Der in den USA lebende cubanische Popmusiker und Grammy-Gewinner Lenier ist als dezidierter Gegner des cubanischen Systems bekannt. Böse war das Erwachen, als er selbst ins Fadenkreuz des radikalen Exils rund um dessen Kraftzentrum Alex Otaola (siehe auch [ila 440](#), [ila 455](#) und [ila 466](#)) geriet. Was war passiert? Lenier war nach Cuba gereist, angeblich zu einem musikalischen Event in einer Tourismusdestination. Um dort seinen Opa zu besuchen, sagt er. Um dort aufzutreten, sagen Exilfundamentalisten. Grund genug, den vermeintlichen Verräter mit einem beispiellosen Shitstorm zu überziehen. Lenier, dem das unterste Niveau von Streit auch nicht fremd ist, rächte sich sogleich mit homophoben Bemerkungen über den bereits genannten Otaola. Spinnen die alle? Gut möglich. Was aber den extremistischen Teil des Exils nicht weniger gefährlich macht. Begeben wir uns doch einmal auf einen Streifzug durch diese skurril-toxische Parallelwelt.

VON ANDREAS HESSE

Juan Carlos Cremata, Film- („Viva Cuba“) und Theatermacher, wanderte vor über sechs Jahren in die USA aus. Dem ging eine über die Jahre zunehmende Radikalisierung und schließlich eine beinharte Konfrontation mit dem Staat voraus, wegen seines letzten Theaterstücks, in dem er Fidel Castro attackiert hatte. Der Kampf endete hart: mit einem Berufsverbot für die Theaterbühne. Sein Wiedereinstieg nach langer Zeit ist ein Werbefilm für und über Alex Otaola, der jetzt als republikanischer Kandidat zu den Bürgermeisterwahlen

in Miami 2024 antritt. Sollte Otaola gewinnen, lautet dessen erklärtes Ziel, Miami „kommunistenfrei“ zu machen und von dort keinen einzigen Dollar mehr nach Cuba gelangen zu lassen. Cremata wird seinem neuen Busenfreund dabei behilflich sein, denn er möchte den Rest seines Lebens dem Sturz der Inselregierung widmen. Im letzten Jahr verstarb Crematas Adoptivtochter in Havanna. Der 62-Jährige gilt seither als emotional instabil und verbittert. Den Tod der geliebten Tochter wie auch den Tod seiner Mutter vor einigen Jahren schiebt er der cubanischen Regierung in die Schuhe. Eine steile These, denn Beweise hat er nicht. Den Höhepunkt der verschwörungstheoretischen Bemühungen setzt er mit der Mutmaßung, die Maschine von Cubana de Aviación, die am 6.10.1976 kurz nach dem Abheben von Seawell (Barbados) in der Luft explodierte, was den Tod von Crematas Vater und weiteren 72 Passagieren an Bord verursachte, sei in Wirklichkeit von Fidel Castro zum Absturz gebracht worden. Aber was ist mit den erdrückenden Beweisen gegen die exilcubanischen Terroristen Luis Posada Carriles und Orlando Bosch, die als Verantwortliche für das Bombenattentat auf das Flugzeug gelten? Er könne an Posada Carriles' Täterschaft nicht glauben, schließlich sei er ihm einmal begegnet, erklärt Juan Carlos Cremata kryptisch.

Szenenwechsel. Neben dem Influencer Otaola ist sein Kollege Eliécer Ávila eine zentrale Figur des cubanischen politischen Exils. Anders als Otaola würde Eliécer den rechtsextremen Expräsidenten Kolumbiens, Álvaro Uribe, vielleicht nicht zum Interview laden. Dennoch gibt es kaum inhaltliche Unterschiede zwischen den beiden Star-Influencern. Der Erfolg ihrer Politikampagnen ist derselbe, ihre Werbeeinnahmen sind gewaltig, beide sind inzwischen Millionäre und nennen

jeweils ein großes Anwesen außerhalb Miamis ihr Eigen. Während des Nachhaltigkeitsgipfels der UN in New York im September 2023 ärgerte sich Eliécer derart über fehlende demonstrierende Exilcubaner*innen gegen den anwesenden cubanischen Präsidenten Díaz-Canel, dass er selber mit anderen kurzerhand dorthin flog und eine Minidemonstration auf die Beine stellte. Zu sehen waren T-Shirts mit Aufschriften wie „Für diese Demo wäre ich in Cuba getötet worden“. Eliécer äußerte sein Unverständnis darüber, dass jemand wie Díaz-Canel ins Land der Freiheit hereingelassen werde. Die Themen, die sonst die Proteste bei solchen Gipfeln antreiben – Klimawandel, Ungleichheit zwischen Nord und Süd sowie Arm und Reich –, sind der exilcubanischen Szene zum Fremdschämen wurscht. Ihr geht es mit stets derselben Phraseologie um Cubas „Diktatur und Tyrannei“.

Von Miami nach Madrid. Einst spottete Leonardo Padura über eine Autorin von begrenzter literarischer Qualität, die in den besten Kreisen verkehrte, sich nach erfolgter Migration aber als verfolgt ausgab und daraus Kapital schlug. Unschwer erkennt man darin Zoé Valdés, die seit 1994 nicht mehr auf der Insel war, aber genau zu wissen meint, was dort los ist. Valdés kandidierte nun bei den spanischen Wahlen im September für die neofaschistische VOX-Partei im Bezirk Madrid. Otaola gratulierte ihr herzlich zur Kandidatur. Endlich sei nun auch in der spanischen Politik eine Stimme des cubanischen Exils zu vernehmen. Dass VOX in den kleinen Gemeinden, wo sie Bürgermeister stellt, als erstes die Regenbogenfahne verbot, schien den homosexuellen Influencer nicht zu stören. Eine Brandmauer nach rechts kennt das politische Exil bei der Suche nach Bündnispartnern nicht.

Auch ein Aktivist aus Barcelona fühlte sich zu VOX hingezogen: Sayde Chaling-Chong García, Präsident eines illustren Häufleins namens „Iberoamerikanisch-Europäische Allianz gegen den Kommunismus“. Nachdem der seit zwei Dekaden in Spanien lebende Chino-Afrocubaner jedoch feststellte, dass es – Überraschung! – bei VOX mit der Akzeptanz nicht *weisser* Menschen nicht weit her ist, ging er wieder auf Abstand. Als das populäre cubanische Musikerduo Buena Fé im letzten Sommer in Spanien auf Tournee war und nichtsahnend in einem Fast-Food-Lokal essen wollte, wurde es von einer Exilmeute unter Führung von Chaling-Chong García überfallen. Zum Glück konnten anwesende Freunde der Musiker verhindern, dass das Musikerduo körperlich angegriffen wurde. Im Nachgang zu dieser Episode wurde Chaling-Chong García in den Exilmedien dafür gefeiert. In gern gewährten Interviews deklarierte er flog die Angegriffenen zu

Angreifern um, die wegen fehlender Demokratieerfahrung nicht mit Kritik umgehen könnten. Videos vom Vorfall lassen aber einen ganz anderen Verlauf erkennen, nämlich dass Aktivist Chong kaum gebändigt werden kann und mit maßloser Wut die Musiker anzuspucken versucht.

Aber, so mag man einwenden, produziert Cuba nicht seine Dissident*innen manchmal selbst? Wie ist der Fall Ariel Ruiz Urquiola einzuschätzen? Der bei den lokalen Behörden verhasste Biologe und Umweltaktivist, der von seiner auf Nießbrauchbasis bewirtschafteten Ökofarm in Viñales vertrieben wurde, war zeitweise inhaftiert und lebt heute in der Schweiz. Er ist mittlerweile ein unerbittlicher Aktivist des Exils, der international für Aufmerksamkeit sorgt. Zur Einordnung: Staatliche Willkür ist kennzeichnend für fast alle lateinamerikanischen Gesellschaften, unabhängig von ihrem Gesellschaftssystem. Hat Cuba sich hier an den schlechten Standards seiner geografischen Umgebung ausgerichtet, ohne zu bedenken, dass ein solcher Fall in einem x-beliebigen Land des Kontinents weltweit keine Beachtung finden würde, dass aber für Cuba andere Bewertungsmaßstäbe gelten? Wie gestaltet sich also die Dynamik zwischen einem sich fortlaufend radikalisierenden Exil, der Aushungerungspolitik Washingtons und den Vorgängen auf der Insel? Was ist ursächlich für die Eskalationsdynamik und

was war zuerst da: ein repressiver Staat oder die längste Blockade der Menschheitsgeschichte? Für die „Welt“ ist die Sache klar. Um Washington gnädig zu stimmen, müsse man doch nur die nach dem Aufstand vom 11. Juli 2021 Verurteilten freilassen.

Arturo López-Levy, Experte für Außenbeziehungen von der Autonomen Universität Madrid, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, die

Freilassung der Gefangenen werde sehr schwierig, solange die USA ihre feindselige Haltung in grundlegenden Fragen aufrechterhalte. In der Tat: Die idealistische Fraktion in der US-Politik, die auf deeskalierende Signale reagiert und ihrerseits deeskaliert, war immer in der Minderheit. Lediglich in der Ära Obama übte sie kurzzeitig Einfluss aus. Die ideologische Fraktion jedoch war parteiübergreifend stets dominierend und ist es auch jetzt. Hier ist die innere Logik eine konträre: Jegliche Entwicklung, die Cuba lebensfähig oder gar attraktiv erscheinen lassen könnte, soll per Anlegen der Daumenschrauben verhindert werden. Das ist exakt Ursprung und Sinn der Blockadepolitik, darum wurde die Blockade erstmalig vor über 60 Jahren verhängt.

Die New York Times vom 3. Juli 2023 zitiert William LeoGrande von der American University: „Die cubanische

„Vielleicht trifft es nicht auf alle zu, die dort leben. Aber die, die den Ton angeben und Parolen brüllen und Fahnen schwenken, für die gibt es nichts Größeres als Hass und Neid. Und sie sind die Mehrheit, glaub mir. Und wenn sie erst in Miami sind, wird es noch schlimmer. Dort verpesten sie die ganze Umgebung und stecken alle an. Willst Du wissen, warum wir hier den Präsidenten haben, den wir nun mal haben? Wegen den Kubanern.“

(Leonardo Padura „Wie Staub im Wind“)

Wirtschaftsstrategie der letzten zwei Jahrzehnte beruhte auf der langfristigen Erwartung, dass sich die Beziehungen zu den USA verbessern würden.“ Doch mit Trump sei alles zusammengebrochen, sagt Politologe Peter Beinart von der City University of New York. Kaum habe dessen Regierung 2019 gegen Cuba ohne erkennbaren Anlass die härtesten Wirtschaftssanktionen seit über einem halben Jahrhundert verhängt, habe Havanna einen Monat später eine drastische Rationierung von Grundnahrungsmitteln verfügt. Hinzufügen müssten wir, dass Cuba als Abschiedsgeschenk von der Regierung Trump wieder auf die Liste von terrorismusunterstützenden Staaten gesetzt wurde, was aufgrund der Macht der USA seither die Insel von den internationalen Finanzströmen weitgehend abkoppelt, also die Geschäftsbeziehungen mit internationalen Banken, Gläubigern und Unternehmen massiv behindert. Da aus Washington nur noch feindselige Signale kamen, wurde Cuba letztlich ein zweites Mal in der Geschichte regelrecht in die Arme Moskaus (und Pekings) getrieben. Auch für das innere Funktionieren der Inselgesellschaft ist diese Politik des Aushungerns während der letzten 60 Jahre verhängnisvoll gewesen. Sie führte dort nachweislich zu einer inneren Verhärtung und Abschottung. Antón Arrufats skandalisiertes Theaterstück von 1968 „Los siete contra Tebas“, das genau dieses „Reihen schließen“ in der Wagenburg bei äußerer Bedrohung zum Thema hatte, wurde nach langem „Verschwinden“ erst Jahrzehnte später wieder publiziert und aufgeführt. Heute erscheint es aktueller denn je.

Der Wunsch, nicht nur die äußere Bedrohung in den Blick zu nehmen, sondern auch die Frage, wie innere dysfunktionale Mechanismen überwunden werden können, bestimmt den Alltagsdiskurs der Menschen. Produktivität, Teilhabe und Transparenz werden als Hauptprobleme benannt. Das politische Exil und dessen Propaganda setzen daran an, dass viele ihr eigene Lebensrealität in den Medien unterrepräsentiert sehen und kaum die Möglichkeit haben, am medialen und öffentlichen Diskurs teilzuhaben.

Aber wie sieht die Alltagsrealität konkret aus? Im Juli platzte der sonst so gemächliche Parlamentspräsident Esteban Lazo in der Nationalversammlung vor Wut, weil das agrarische Reformpaket keine erkennbaren Ergebnisse gebracht hatte und ein Großteil des Warenkorbs der Libreta (Bezugsheft) importiert werden musste. Eier gibt es zum Beispiel auf Libreta gerade noch fünf Stück pro Person und Monat. Auf dem freien Markt kosten 30 Eier etwa 2500 bis 3000 Pesos, eine Steigerung um weit mehr als ein Drittel gegenüber dem Frühjahr. Begründet wird der Versorgungsengpass mit Futtermittelmangel für die Hühner, während die Dominikanische Republik nebenan eine regelrechte Eierschwemme verzeichnet. Nichts funktioniert bei uns, schlussfolgern die Cubaner*innen. Die staatliche Ankauf- und Vertriebsgesellschaft Acopio macht höchstens durch Schwerfälligkeit, fehlende Ressourcen und logistische Überforderung von sich reden. Wenn ein Bauer nicht



Christian Wagner
Gestalttherapie
Traumatherapie

Jean-Calas-Weg 4, 13127 Berlin
und online
Telefon 030 / 22 43 60 72
praxis.christian.wagner@posteo.de
www.christianwagner.org

weiß, wann er für seine Produkte bezahlt wird, ist das kein Produktionsanreiz.

Der aufkommende Rechtsdrall bei den Cubaner*innen hängt sowohl mit ähnlichen weltweiten Entwicklungen als auch mit spezifisch cubanischen Bedingungen zusammen. In der jetzigen tiefgreifenden Krise ist schnell der Nährboden für materielle Verheißungen „im Norden“ und für die suggestiven Bemühungen des politischen Exils bereitet. Direkte persönliche Emanzipationserfahrungen der Älteren im Nachgang der Revolution gehen wegen des Generationenwechsels verloren und weichen Erfahrungen von Mangel und Hyperbürokratisierung. Zum anderen gibt es eine spezifische Interaktion von jungen Menschen mit der Projektionsleinwand USA. Ist der persönliche Kompass nach Norden gerichtet, hält man sich aufgrund der privilegierten Stellung der Cubaner*innen in den USA leicht für „auserwählt“. Das gilt für ein bestimmtes Segment der Bevölkerung auf der Insel und insbesondere für das Exil. Eine völlige Entsolidarisierung mit dem Rest des Globalen Südens ist bei diesem Personenkreis die Folge.

Und in Florida wiederum schafft die unter anderem mit US-Staatsgeld über Instanzen wie „National Endowment for Democracy“ finanzierte Agitation gegen Cuba Fakten. Mit der exilcubanischen Politindustrie sind Geschäftsinteressen und Arbeitsplätze verbunden: Bei einem Politikwechsel gä-

be es viel zu verlieren. Hinzu kommen Internetblasen, die gegen andere Sichtweisen abschotten. Ein Tunnelblick und eine zunehmende Intoleranz und Radikalisierung im Inneren des sozialen Systems „politisches Exil“ ist die Folge.

Was kann Cuba dem entgegensetzen? Otaola und Co. werden heute nicht mehr totgeschwiegen, sondern in der populären Satiresendung „ConFilo“ verspottet. Der Staatschef wiederum will dem gefühlten Kommunikationsdefizit mit einer Offensive begegnen. Geplant ist als festes Format eine Sendung mit Díaz-Canel. Auftakt war im Oktober ein 80-minütiges Fernsehinterview mit dem Staatschef zur aktuellen Lage. Díaz-Canel erörterte darin den von Washington ausgeübten „maximalen Druck“ und die Folgen. Außerdem benannte er die Versuche der USA, auf den wachsenden Privatsektor der Insel politischen Einfluss zu nehmen. Aufhorchen ließ das Eingeständnis eigener Fehler jenseits der Blockade und das Wirtschaftsprojekt zur Stärkung der kommunalen Verantwortung in der Agrarproduktion.

Was bleibt dem Land auch anderes übrig, als sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen, um die Wirtschaft effizienter sowie die Gesellschaft transparenter und partizipativer zu machen? Ein Leuchtturm wie das im letzten Jahr per Referendum abgesegnete progressive neue Familiengesetz weist den Weg. Manch andere Reform blieb in der Schublade stecken. Díaz-Canel und Ministerpräsident Marrero Cruz wissen um den Veränderungsbedarf und müssen andererseits unterschiedlichste Interessen austarieren. Zögerlich wirkendes Handeln ist wiederum ein Quell der Freude für die Exilagitatoren.

Ein Signal aus Washington tut not. Für das radikale Exil war die republikanische Partei immer eine sichere Bank. Gold wert aber war der cubanischstämmige Senator Bob Menéndez (New Jersey) aus der Demokratischen Partei und dort eifrigster Verfechter der Blockadepolitik. Wer nach Erklärungen suchte, warum die Biden-Administration nicht zum Obama-Kurs zurückkehrte, kam an dem Hardliner und politischen Schwergewicht nicht vorbei. Doch der ist nun wegen Korruption im Visier der Staatsanwaltschaft. Menéndez habe infolge hoher Bestechungsgelder durch das ägyptische Al-Sisi-Regime seinen Einfluss zugunsten Kairo genutzt und seine Amtspflichten verletzt. Die Vorwürfe sind anscheinend begründet und könnten ihm politisch das Genick brechen. Den Schlüsselposten als Chef des Senatsausschusses für Außenpolitik musste Menéndez räumen. Könnte sich nun etwas zwischen den verfeindeten Staaten tun? Die Emissärin J. Tablada de la Torre aus Havanna verhandelte kürzlich in Washington mit höchsten Stellen hinter verschlossenen Türen. Die US-Seite will nicht mehr so viele Migrant*innen, die cubanische Seite drängt auf Lockerungen der Blockade, insbesondere auf Streichung Cubas von besagter Liste der „Terrorstaaten“. Ein – wenn auch unwahrscheinliches – Szenario einer Annäherung wäre ein heftiger Schlag für das politische Exil. Es wird alles in seiner Macht Stehende tun, um solch eine Entwicklung zu verhindern. ■

In der Novemberausgabe der ila hatten wir über die politischen und juristischen Auseinandersetzungen um die umstrittene Vergabe eines uruguayischen Reisepasses an Sebastian Marset, einen der bekanntesten Narcos der Region, berichtet. Mit diesem Dokument gelang es Marset, aus einem Gefängnis in Dubai freizukommen – er war wegen der Verwendung eines gefälschten paraguayischen Passes festgenommen worden –, um später in Bolivien unterzutauchen. Die Rechtfertigung, weder das Innen- noch das Außenministerium hätte zum Zeitpunkt der Passvergabe wissen können, wer Marset sei, ist heute Makulatur. Im Gegenteil: Staatsanwaltliche Ermittlungen legen den Schluss nahe, dass sie es nicht nur gewusst, sondern auch mit illegalen Mitteln versucht haben, ihr Wissen vor dem Parlament und der Justiz zu verschleiern.

VON WOLFGANG ECKER

Am 1. November platzte die Bombe: Uruguays Außenminister Francisco Bustillo reichte seinen Rücktritt ein – nur wenige Stunden, nachdem die Aussage seiner ehemaligen Stellvertreterin Carolina Ache vor der Staatsanwaltschaft publik geworden war. Diese hatte nicht nur erklärt, dass Bustillo zum Zeitpunkt der Passvergabe über die Gefährlichkeit Marsets Kenntnis gehabt habe, sondern auch, er habe sie gedrängt, Belege dafür vor dem Parlament und der Justiz zu verheimlichen. Konkret geht es dabei um einen Chatverkehr zwischen ihr und dem Staatssekretär im Innenministerium Guillermo Maciel, in dem dieser explizit seine Befürchtung hinsichtlich einer möglichen Haftentlassung des „gefährlichen Narcos“ in Dubai geäußert hatte. Eine Information, die Ache auch an ihren Vorgesetzten weitergegeben haben will. Als Beleg ihrer Darstellung hatte sie auch den Mitschnitt eines Telefonats mit Bustillo vorgelegt, in dem dieser sie unverhohlen aufgefordert hatte, ihr Handy, und damit auch alle Spuren zu diesem Chat, zu „verlieren“.

Im Zuge dieser und anderer Enthüllungen, die eine bewusste Vertuschung nahelegten, musste einige Tage später auch Maciel zurücktreten, ebenso Innenminister Luis Alberto Heber. Letzterer ist nicht nur ein „Urgestein“ der regierenden Partido Nacional und war jahrelang deren Vorsitzender, sondern ist auch Spross einer der wichtigsten „politischen Familien“ des national-konservativen Lagers. Nicht zuletzt deswegen galt Heber lange als unantastbar, obgleich seine Amtszeit schon zuvor von mehreren Skandalen begleitet gewesen war. Ebenso reichte Roberto Lafluf seinen Rücktritt ein, einer der wichtigsten Berater des uruguayischen Präsidenten Lacalle Pou. Lafluf war nicht nur dessen Kampagnenchef im Wahlkampf, sondern zählte auch als „Kommunikationsberater“ zu dessen engstem Vertrautenkreis. Lafluf sorgte, nach Angaben Aches, auch dafür, dass die belastenden Chats zunächst aus den von der Justiz angeforderten Akten des Außenministeriums über die interne Kommunikation in Bezug auf die Passvergabe verschwanden.